

## Keine Nachsicht für Stasi-Täter in Brandenburg

Salzgitter, 14. Juni 2009

Die auf dem UOKG-Verbandetreffen am 13. und 14. Juni in Salzgitter vertretenen Vereine verabschiedeten folgende Resolution:

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), die über 30 Opfervereine und DDR-Aufarbeitungsinitiativen vertritt, fordert unverzüglich eine nochmalige Überprüfung aller Polizisten sowie Anwälte und Richter mit Stasi-Hintergrund im Land Brandenburg. Wir hegen allerdings, das geben wir offen zu, Generalverdacht gegen den Umgang des Landes Brandenburg mit belasteten Stasi-Beamten. Denn schon der erste Ministerpräsident des Landes, Manfred Stolpe, der selber seine inoffizielle Tätigkeit für die Stasi nie überzeugend ausräumen konnte und der sich noch kurz vor der Wiedervereinigung in der Zeitung DIE WELT entschieden gegen Wiedervereinigungsabsichten aussprach, ließ es zu, dass im Land Brandenburg allein 242 hauptamtliche Stasi-Obristen und 1.238 Stasi-Spitzel in den Polizeidienst eingestellt werden durften. Überdies wurden in der DDR vorzugsweise Polizisten zwangsadoptierte Kinder zugewiesen. Auch diese Problematik wäre zu durchleuchten gewesen.

Da kann es natürlich kein Zufall sein, dass Brandenburg als einziges Land unter den neuen Bundesländern keinen Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen bekam, der nun erst mit 20-jähriger Verspätung installiert werden soll.

Wer, wie der SPD-Politiker Günter Baaske (MdL), diese von ehemaligen Opfern des Stasi-Terrors angestoßene Debatte als „aberwitzig und schädlich“ diffamiert, sollte daran erinnert werden, dass sich seine Partei schon 1987 nicht zu schade war, in dem schändlichen SPD-SED-Papier von 1987, in dem es hieß: „dass man sich gegenseitig nicht in Frage stellt“, die totalitäre SED-Diktatur faktisch auf Augenhöhe mit der Demokratie zu heben. Da stimmen wir mit der alten Sozialdemokratin Annemarie Renger überein, die in ihrem Buch „Ein politisches Leben“ diese Gleichstellung der beiden Systeme in Deutschland „für unerlaubt und eine grobe irreführende Verunglimpfung unserer gesellschaftlichen Ordnung“ hielt. Ebenso erinnerte sie in ihrem Buch daran, dass die tonangebenden SPD-Politiker längst die „Hoffnung auf die künftige Einheit Deutschlands“ aufgegeben hatten und den Opfern damit in den Rücken gefallen waren, was sich auch in der Auflösungsabsicht der Zentralen Erfassungsstelle für SED-Verbrechen in Salzgitter widerspiegelte.

Wer den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie nicht zu erkennen vermochte, der darf sich nicht wundern, wenn junge Menschen diesen Unterschied nicht verstehen. Wer heute daran zweifelt, dass die zerbrochene DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist, der belügt die junge Generation.